

GEMEINSAMER AUFRUF
KOMMUNISTISCHER UND FORTSCHRITTLICHER PARTEIEN EUROPAS
ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT
VOR 50 JAHREN
23. März 2007

Der Rom-Vertrag zur Gründung der EWG entsprach einer Option der Großmächte und des westeuropäischen Monopolkapitals. Heute, 50 Jahre später, gibt die Entwicklung der EU all jenen Kräften recht, die gegen ihre Politik kämpften, die NEIN zum Maastricht-Vertrag sagten und weiter sagen, die ihre Ablehnung des „Verfassungsvertrags“ bekunden. Sie gibt jenen recht, die fortfahren in ihrem Kampf gegen die Europäische Union des großen Kapitals, ein Direktorat der einflussreichsten neoliberalen und militaristischen Mächte.

Die Ziele, die von den dominierenden Kräften der EU, den sozialdemokratischen, konservativen und diversen rechten Kräften, hinausposaunt werden, nämlich eine harmonische Angleichung der Volkswirtschaften, der Beschäftigung und verbesserter Bedingungen der Beschäftigten, mehr Demokratie, Frieden und gleichberechtigte Zusammenarbeit, haben sich als trügerisch erwiesen. Die Mission der EU besteht darin, das transnationale Kapital mit Basis in Europa und das Großkapital der europäischen Hauptmächte zu stärken, und zwar durch Rücknahme von Rechten und Errungenschaften der Arbeiter, durch Erweiterung seiner wirtschaftlichen Macht und seines Einflusses auf die Politik auf europäischer und staatlicher Ebenen sowie durch Ausbeutung neuer Märkte und natürlichen Ressourcen. Dieser Kurs führt zu einem Anwachsen der sozialen Ungleichheit, regionalen Asymmetrien und zur Ausbreitung von Armut und Marginalisierung.

Gegenwärtig kommt es zu vermehrten Angriffen auf Arbeitsplätze und Löhne, Renten und soziale Sicherheitssysteme sowie Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte. Grundrechte wie das Recht auf Erziehung, Gesundheitsvorsorge und soziale Sicherheit werden zu Waren und Profitquellen des Großkapitals gemacht. Es herrschen wachsende Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und prekäre Lebensbedingungen.

Zur selben Zeit, da durch so genannte „Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen“ einigen der ärmsten Länder der Erde unfaire Handelsbeziehungen aufgezwungen werden, errichtet die Festung Europa Mauern gegen Migranten.

Familienbetriebe in Landwirtschaft und Fischerei werden ruiniert, selbstbeschäftigte Arbeiter und kleine Unternehmer in Industrie, Handel und Dienstleistungen werden durch das Übergewicht der Finanz- und Großvertriebsunternehmen vernichtet. Demokratische Rechte erleiden schwere Einschnitte. Es kommt zu einem Anwachsen des Anti-Kommunismus, teils von Regierungen europäischer Länder gefördert, teils von den Institutionen der Europäischen Union selbst betrieben. Verbote und Behinderungen linker, anti-kapitalistischer Kräfte und Volksbewegungen häufen sich. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden geschürt.

Die Militarisierung der EU schreitet voran, und damit auch ihre Zusammenarbeit mit der NATO und den USA in den imperialistischen Kriegen, namentlich in Afghanistan und im Irak, bei illegalen CIA-Flügen, beim Druck auf das sozialistische Kuba und das bolivarianische Venezuela sowie gegen die Widerstand leistenden Völker. Wie von der NATO und der Europäischen Kommission „gefordert“, steigen die Militärausgaben, und es kommt zu einem ständigen Rüstungswettlauf.

Das europäische Großkapital nutzt die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO nach Osten sowie die Politik der Druckausübung gegen souveräne östliche Länder, um seine eigenen Ziele der politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Beherrschung zu verfolgen.

Die Souveränität und Unabhängigkeit der Völker und Nationen wird zunehmend untergraben. Es besteht der Plan, den „Verfassungsvertrag“ neu aufzulegen, ungeachtet der ausdrücklichen Ablehnung durch das französische und niederländische Volk.

Diese globale Offensive des Imperialismus stößt auf Konfrontation durch viel versprechende Kämpfe der Völker und Arbeiter, die wir begrüßen.

Unsere Parteien werden ihre Zusammenarbeit und Aktionseinheit verstärken und aktiv zur Stärkung der Organisationen und Kämpfe der Arbeiterklasse und der anti-imperialistischen Bewegung beitragen, um der neoliberalen Politik und dem Militarismus Widerstand entgegen zu setzen und ihre Grundlagen in Frage zu stellen sowie den „Verfassungsvertrag“ zurückzuweisen.

Wir rufen dazu auf, Alternativen zu schaffen, die den Bedürfnissen und Interessen der Völker entsprechen, und treten für den Sozialismus ein als die wirkliche Alternative für die Völker und den europäischen Kontinent. Wir rufen dazu auf, in ganz Europa die Aktivitäten und Kämpfe in dem Ziel zu vereinen, den Weg für ein Europa des Friedens, der Zusammenarbeit souveräner Staaten und der Gleichberechtigung zu bahnen, ein Europa der Beschäftigung und echter wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Ein weltoffenes Europa, das fähig ist, Beziehungen der Freundschaft, faire Beziehung des Handels und der Zusammenarbeit mit allen Ländern und Völkern der Welt zu entwickeln, indem es ihr Recht auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung respektiert. Ein Europa, das den internationalen Frieden fördert und für die politische Lösung von Konflikten eintritt.

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff

Die Parteien:

1. Workers' Party of Belgium
2. Workers' Communist Party of Bosnia and Herzegovina
3. Communist Party of Britain
4. New Communist Party of Britain
5. The Progressive Party of the Working People – AKEL - Cyprus
6. Socialist Workers' Party of Croatia
7. Communist Party of Bohemia and Moravia - Czech Republic
8. Communist Party in Denmark
9. Communist Party of Finland
- 10. German Communist Party - DKP**
11. Communist Party of Greece
12. Hungarian Communist Workers' Party
13. Communist Party of Ireland
14. Socialist Party of Latvia
15. Socialist Party of Lithuania
16. Communist Party of Luxembourg
17. Communist Party of Norway
18. Communist Party of Poland
19. Portuguese Communist Party

20. Socialist Alliance Party - Romania
21. Communist Party of the Russian Federation
22. Communist Workers' Party of Russia
23. New Communist Party of Yugoslavia
24. Communist Party of Spain
25. Communist Party of People of Spain
26. Party of Communists of Cataluña
27. Communist Party of Turkey
28. The Party of Labour (EMEP) - Turkey
29. Communist Party of Ukraine

K O M M E N T A R :

Mit ihrem Aufruf vom 23. März 07 leisten die 29 unterzeichnenden kommunistischen und fortschrittlichen Parteien Europas einen wichtigen Beitrag zu einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit gegen Neoliberalismus und Militarisierung. Der Aufruf unterzieht die EU, die als „Direktorat der einflussreichsten neoliberalen und militaristischen Mächte“ charakterisiert wird, einer umfassenden und prinzipiellen Kritik. Der Aufruf macht keinerlei Konzessionen an die immer wiederholte Behauptung sozialdemokratischer, konservativer und rechter Kräften, dass die EU „demokratisch, sozial und pazifistisch“ reformierbar sei. Vielmehr fordern die Parteien, „Alternativen zu schaffen, die den Bedürfnissen und Interessen der Völker entsprechen“. Dabei treten sie für den „Sozialismus ein als die wirkliche Alternative für die Völker und den europäischen Kontinent“.

Es charakterisiert die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken, dass der vorliegende Aufruf beispielsweise in Deutschland von der DKP unterschrieben wurde, nicht jedoch von der PDS/Linkspartei und auch nicht von anderen Parteien, die an der „Europäischen Linkspartei“ (ELP) maßgeblich beteiligt sind wie Rifondazione Italiana, KP Frankreichs und KP Österreichs.

Zur „Europäischen Linkspartei“ (ELP) erklärte die Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Griechenlands, Aleka Papariga, kürzlich (*im Interview mit der Partei der Völker Spaniens vom 10. April 07*) folgendes:

“Ganz generell sind die Europa-Parteien Gruppierungen, welche von der EU des Kapitals und den Mulits geschaffen wurden. Die Europäische Linkspartei (ELP) kann sich in der Praxis nicht den Orientierungen entziehen, welche von der EU diktiert werden. Nach unserer Meinung handelt es sich um einen Versuch, die kommunistische und linke Bewegung zu spalten. Sie vereint nicht, vielmehr spaltet sie. Die Praktiken, welche sie im Rahmen ihres Funktionierens als eine einzige Partei anwendet, sind Praktiken der Kontrolle, der Erniedrigung und der Spaltung innerhalb der Bewegung, die hauptsächlich von gewissen Parteien von Ländern betrieben werden, welche die kapitalistische Einigung Europas anführen.

In Wirklichkeit versucht die ELP die bestehenden nationalen Parteien zu ersetzen und auszuschalten. Eine ganz andere Sache ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit, da viele Fronten des Kampfes entstehen. Und hier könnte sich nichtsdestoweniger eine solche Zusammenarbeit auf einer festen, dauerhaften Grundlage unter Beachtung der Souveränität jeder Partei sehr gut und politisch korrekt durchsetzen ohne das Vorhandensein von Parteien der Vereinigung wie der ELP und in Opposition dazu.”

Klaus von Raussendorff